



Freistaat Preußen

Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e l m
www.freistaat-preussen.world

An
die Geschäftsführung der Bundesrepublik Deutschland
die Länder der Bundesrepublik Deutschland
den Landkreis Emsland, hauptverantwortlich der Landrat Herr Reinhard Winter
die Bundeswehr, hauptverantwortlich Frau Ursula von der Leyen
die Staatsanwaltschaft Osnabrück
die alliierten restitutiven Mächten des Zweiten Weltkriegs - zur Kenntnis

Großbrand bei Meppen, Katastrophenfall ausgerufen - Bundeswehr hinterläßt verbrannte Erde

Niederschrift und Anordnung Nr. 22092018

„Der Moorbrand und die Folgen: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will sich persönlich ein Bild von dem Schaden machen, den ihre Bundeswehr angerichtet hat [...] Der Moorbrand auf dem Bundeswehrgelände bei Meppen schwelt seit mittlerweile mehr als zwei Wochen. Er war auf dem Übungsgelände ausgebrochen, als von einem Hubschrauber aus Raketen abgefeuert wurden. Nach Bundeswehrangaben hat der Moorbrand zwischenzeitlich eine 800 Hektar große Fläche erfasst.“
(Nordwest Zeitung https://nwzonline.de/politik/niedersachsen/meppen-moorbrand-bei-meppen-von-der-leyen-im-katastrophengebiet-eingetroffen_a_50,2305429778.html)

Auf Grund des verheerenden Moorbrandes hat der Landkreis Emsland erwogen, Groß Stavern und Klein Stavern mit rund 1100 Einwohnern zu evakuieren.

Dieser durch die Bundeswehr verursachte Großbrand auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen verursacht nicht nur erheblichen Schaden auf unserem Grund und Boden und für Natur und Tiere, sondern bringt durch erhebliche Feinstaubbelastungen die Gesundheit preußischer Staatsangehöriger in Gefahr.

Hauptverantwortlich ist Frau Ursula von der Leyen, Bundesminister der Verteidigung und Oberbefehlshaber der Bundeswehr.

Anordnung an die Kreisverwaltung des Landkreises Emsland, hauptverantwortlich der Landrat Herr Reinhard Winter:

1. Der entstandene materielle Schaden ist durch Gutachten genau zu beziffern.
2. Die betroffene Bevölkerung ist wegen Körperverletzung, physischer und psychischer Belastung und wegen entgangener Lebensfreude auf Grund des

Großbrandes in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung angemessen zu entschädigen.

3. Der Schadensersatzanspruch ist der Bundeswehr, hauptverantwortlich Frau Ursula von der Leyen, in Rechnung zu stellen. Frau Ursula von der Leyen hat für den Schadensersatz auch mit ihrem gesamten privaten Vermögen zu haften, da sie als Oberbefehlshaber hauptverantwortlich ist für das gezielte Abfeuern der Raketen und damit für die vorsätzliche Brandstiftung durch ihre Bundeswehr, dies vor dem Hintergrund, daß der brandgefährliche Zustand des Moores nach einer extremen Trocken- und Hitzeperiode über Monate hinweg Jedem bekannt war!
4. Die strafrechtliche Verfolgung der Hauptverantwortlichen der Bundeswehr, Frau Ursula von der Leyen, und aller mitbeteiligten Tatverdächtigen ist angeordnet.

Die Bundeswehr hat vom Freistaat Preußen keine Genehmigung erteilt bekommen, Truppen auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen zu stationieren, militärische Übungen durchzuführen oder diverse Waffen- oder Waffensysteme zu testen. Auch der Übungsplatz bei Meppen wurde durch den Freistaat Preußen nicht genehmigt.

Da Frau Ursula von der Leyen mit der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland eine illegale, bewaffnete Institution auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen betreibt und somit gegen den Artikel 2 Ziffer 4 der UN- Charta verstößt, ist sie ebenfalls strafrechtlich zu verfolgen, denn allen UN- Mitgliedsstaaten ist es grundsätzlich untersagt, jede Gewalt oder Androhung von Gewalt in ihren internationalen Beziehungen anzuwenden. Jede militärische Gewalt – nicht mehr nur der Krieg – eines Staates gegen einen anderen ist damit völkerrechtswidrig.

Wir, die bestellten Vertreter der administrativen Regierung des Freistaats Preußen, übernehmen die Funktion des persistent objector. Die ca. 40.000.000 Staatsangehörigen des Freistaats Preußen verzichten nicht auf ihre Bodenrechte und fordern den sofortigen Abzug aller militärischen Truppen der Bundeswehr sowie der anderen ausländischen Truppen vom Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen, denn die Nachkriegsordnung / Besatzung durch die alliierten Westmächte des Zweiten Weltkriegs ist seit dem 27. April 2018 durch Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel öffentlich für beendet erklärt worden.

Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt exterritorial zum Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen und der Freistaat Preußen gehört nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Auch der Heilige Stuhl bestätigt die Fortexistenz des Völkerrechtssubjekts Freistaat Preußen.

Wir dulden keine weitere Zerstörung unseres Grund und Bodens und die Gefährdung unseres Staatsvolkes!

Gegeben zu Berlin, am 22. September 2018



*Ada Cecilia
a.d.T.
Reichert*

MOORBRAND BEI MEPPEN

Von der Leyen im Katastrophengebiet eingetroffen



Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist am Samstagvormittag im Emsland eingetroffen. Sie hatte angekündigt, sich auf dem Bundeswehr-Testgelände bei Meppen ein Bild von dem verheerenden Moorbrand und der Lage vor Ort zu machen. (Symbolbild)

Bild: dpa/Gabbert

Der Moorbrand und die Folgen: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will sich persönlich ein Bild von dem Schaden machen, den ihre Bundeswehr angerichtet hat. Auch andere Politprominenz macht sich auf den Weg ins Emsland.

MEPPEN - Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist am Samstagvormittag im Emsland eingetroffen. Sie hatte angekündigt, sich auf dem Bundeswehr-Testgelände bei Meppen ein Bild von dem verheerenden Moorbrand und der Lage vor Ort zu machen. Auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und sein Stellvertreter Bernd Althusmann (CDU) kommen nach Meppen.

Lesen Sie hier alle Artikel zum Moorbrand in unserem Spezial

Auf dem Programm stehen Gespräche mit der Feuerwehr, die mit rund 1000 Männern und Frauen im Einsatz ist. Zudem will von der Leyen die Ortschaft Groß Stavern besuchen und mit dem dortigen Bürgermeister sprechen. Am Freitag hatte der Landkreis Emsland erwogen, Groß Stavern und Klein Stavern mit rund 1100 Einwohnern zu evakuieren. Für den Nachmittag (14.15 Uhr) ist ein Statement von der Leyens geplant.

Der Moorbrand auf einem Bundeswehrgelände bei Meppen schwelt seit mittlerweile mehr als zwei Wochen. Er war auf dem Übungsgelände ausgebrochen, als von einem Hubschrauber aus Raketen abgefeuert wurden. Nach Bundeswehrrangaben hat der Moorbrand zwischenzeitlich eine 800 Hektar große Fläche erfasst.

Derweil will die Bundeswehr den schwelenden Moorbrand mit Transportflugzeugen und Tornado-Jets bekämpfen. Die Tornados sollten ab Samstagnachmittag zum Einsatz kommen, sagte Oberst Thomas Groeters bei einer Lagebesprechung vor Ort.

Die Jets sollen Fotos und Wärmebilddaufnahmen des Moorgebietes machen, um Glutnester im Boden zu sichten, die sonst nur schwer zu entdecken sind, berichteten „Neue Osnabrücker Zeitung“ und Ostfriesen-Zeitung“. Vorher fliegt die Luftwaffe mit Hubschraubern Löscheinsätze über dem Gebiet.

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 106
 Empfangsdatum und -zeit 23.09.2018 12:57
 Starten /Fertigst. 23.09.2018 12:57 /23.09.2018 13:02
 Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
106	23.09	12:57	Send	05931443621	01:54	004/004	OK LK
106	23.09	13:00	Send	05413156800	01:38	004/004	OK SEAD



Freistaat Preußen
Adressat ohne Angabe
 Rechtsinhaber der Postdienstleistungen / Dienstleistungen
 in der Funktion des permanenten Beobachters
 bei uns

Zu:
 Herr Dr. Lutz Witten, Leiter des Referats für
 die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union
 Außenministerium, Berlin

Am 23. September 2018

Wiederholungsdruck
 des am 22. September 2018
 durch den Deutschen Bundestag beschlossenen
 Gesetzes zur Änderung des
 Grundgesetzes (Bundestagsgesetz Nr. 22/18) vom 22. September 2018 zur
 Deckung und Umsetzung

Anlagen:
 • Nachschrift vom 22. September 2018
 • Grundgesetz (Bundestagsgesetz Nr. 22/18) vom 22. September 2018 zur
 Deckung und Umsetzung

Gegährt zu Herrn Dr. Witten,
 am 23. September 2018




Ministerpräsident
 Freistaat Preußen
 Außenministerium
 Marktplatz 1
 50667 Köln

Herrn Dr. Lutz Witten
am 23. September 2018